

# Jugendliche als Teil der politischen Rechtsverschiebung

Herausforderungen für Schule am Beispiel Ostdeutschland.  
Ein Essay

---

Heike Radvan

Wahlen im Herbst 2024. Die Ergebnisse sind politisch erschreckend. Die Zustimmungswerte junger Menschen zwischen 16 bzw. 18<sup>1</sup> und 24 Jahren bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg für die *Alternative für Deutschland* (AfD) sind zum Teil deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung.<sup>2</sup> Angehörige der jungen Generation entscheiden sich, eine Partei als stärkste Kraft zu wählen, die in Sachsen und Thüringen als gesichert rechtsextrem gilt und in Brandenburg als Verdachtsfall beobachtet wird.

Gleichzeitig sehen wir, dass emanzipatorische Organisationen wie *Fridays for Future* und viele andere Gruppierungen der Klimagerechtigkeitsbewegung maßgeblich von jungen Menschen getragen werden. Wiederum zeigen Ergebnisse einer Studie, die im Frühjahr 2024 untersucht, wie zustimmungsfähig klimabezogene Narrative der extremen Rechten unter Jugendlichen sind, dass junge Menschen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt als deutlich demokratieferner einzurordnen sind (Hascher et al., 2024). Gespaltene Jugend? Im Langzeitverlauf legen Ergebnisse der Einstellungsforschung (Heitmeyer, 2002–2012; Decker et al., 2024, S. 53) bislang nahe, dass mit zunehmendem Alter die Zustimmung zu Aussagen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ansteigt. Bei der Wahlentscheidung für (extrem) rechte Parteien sind die Ergebnisse im Zusammenhang mit der Kategorie Alter anders gelagert, die Zustimmung liegt hier bei jungen Menschen im Vergleich

- 
- 1 In Brandenburg konnten Jugendliche in diesem Jahr erstmalig im Alter ab 16 Jahren an der Landtagswahl teilnehmen, in Thüringen und Sachsen beginnt das Wahlalter weiterhin mit 18 Jahren.
  - 2 In Thüringen erhält die AfD unter Wähler:innen im Alter von 18–24 Jahren 38 % Zustimmung, unter der Gesamtbevölkerung 32,8 %; in Brandenburg wählen 32 % der jungen Menschen die AfD; in der Gesamtbevölkerung erhält sie 29,2 %. In Sachsen entspricht die Zustimmung junger Wähler:innen in etwa dem AfD-Gesamtergebnis (vgl. Otto & Endt, 2024).

höher, wobei sich das Wahlverhalten generell stärker flexibilisiert.<sup>3</sup> Ob die hier skizzierten Entwicklungen eine belastbare und im Weiteren sich verstetigende Veränderung bedeuten, muss vertiefende Forschung zeigen. Ein Zusammenhang mit einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung, die hier als eine politische Rechtsverschiebung gefasst werden soll, ist zu vermuten.

Grundsätzlich ist darauf zu verweisen, dass Rechtsextremismus zu keiner Zeit ein Jugendproblem gewesen ist, gleichwohl es meist als solches wahrgenommen und angegangen wurde: In Verkenntung etwa der Relevanz innerfamiliärer Tradierung von Einstellungen und den gesamtgesellschaftlichen Bedingungen einer postnationalsozialistischen Gesellschaft, werden Chancen politischer Erwachsenenbildung bis heute verspielt bzw. deren Notwendigkeiten dethematisiert. Solche und ähnliche Einsichten schmälern nicht das Wissen um jugendspezifische Ausprägungen. Dazu gehören etwa besonders gewaltbereite und gewalttätige neonazistische Gruppen wie *Freie Kameradschaften* der 1990er Jahre, deren mögliches politisches Revival aktuell diskutiert wird.

## 1. Herausforderungen für Schule und Gemeinwesen

Im Fokus dieses Essays steht die Frage, inwiefern die skizzierte Entwicklung – auf der Straße, im Wahlverhalten und den Einstellungen – auch im schulischen Alltag zu beobachten ist und welche Herausforderungen hiermit verbunden sind. Dabei werden Entwicklungen in Ostdeutschland beschrieben und abschließend diskutiert, ob es sich hierbei um eine unzulässige Stereotypisierung bzw. Ossifizierung (kritisch dazu Heft, 2018) handelt oder vielmehr eine differenzierte, historisch rekonstruktive Perspektive auf lokal unterschiedliche Gegebenheiten notwendig ist. Dies nicht zuletzt, um passgenaue Antworten für die Prävention zu entwickeln.

In einer nicht repräsentativen Umfrage des Thüringer Lehrer:innenverbandes<sup>4</sup> im Februar 2024 gaben 47 % der teilnehmenden Lehrkräfte an, körperliche und/oder psychische Gewalt an ihrem Arbeitsplatz selbst erfahren zu haben. Rechtsextreme Ereignisse nahmen hierbei eine nicht zu unterschätzende Teilmenge ein: So gaben fünf Prozent der Befragten an, im vergangenen Schulhalbjahr körperliche Gewalt,

---

3 Für Angaben auf Bundesebene vgl. [https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnis\\_seit1949-244692](https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnis_seit1949-244692); auf Landes- und kommunaler Ebene vgl. <https://www.tagesschau.de/wahlarchiv/chronologie>

4 Thüringer Lehrerverband 24.04.2024, URL: <https://tlv.de/news/bildungspolitik/schulische-gewalt/tlv-mahnt-anlaesslich-der-vorstellung-des-thueringen-monitors-2023-im-thueringer-landtag-und-stellt-eigene-umfrageergebnisse-vor>. Auch wenn nur 200 Lehrkräfte an der Befragung teilnahmen, zeigen die Ergebnisse, dass es sich um eine ernst zu nehmende Problematik handelt, auf die es wirksame bzw. verantwortliche Antworten in den Bereichen von Prävention und Intervention bedarf.

die sie als extrem rechts motiviert kategorisierten, persönlich erlebt zu haben, 20 % psychische Gewalt. Weitere sieben Prozent der Befragten gaben an, rechtsextremistisch motivierte körperliche Gewalt im eigenen Kollegium oder unter Schüler:innen wahrgenommen zu haben, bei psychischer Gewalt lag dieser Wert bei 33 %. Als taterverantwortlich wurden in 68 % der Fälle Schüler:innen<sup>5</sup> angegeben, in 20 % Eltern sowie darüber hinaus Kolleg:innen.

Im April 2024 veröffentlichten Schüler:innenvertretungen der ostdeutschen Länder<sup>6</sup> ein gemeinsames Positionspapier, in dem sie verschiedene Erscheinungsformen von Rechtsextremismus an Schulen als ein aktuell ansteigendes, dringendes Problem beschreiben und auf die Notwendigkeit hinweisen, die Institution Schule auf verschiedenen Ebenen resilenter und für das Problem aufmerksamer zu machen, inner- und außerschulische Bildungsangebote für Schüler:innen als auch Angebote für Lehrkräfte zu verstärken.

Dass Rechtsextremismus als Herausforderung an Schulen in diesen Fällen öffentlich wahrnehmbarer benannt wird, mag auch mit der medialen Berichterstattung über den Umgang mit zwei Lehrer:innen im Zusammenhang stehen, die im Frühjahr 2023 über Rechtsextremismus an ihrer Schule in Südbrandenburg berichten. Sie benennen eine Veralltäglichung rechter Vorfälle und problematisieren, dass Schüler:innen über Diskriminierung, Bedrohung und Angst erzählen, eine verantwortliche Reaktion seitens der Leitung und eines größeren Teils des Kollegiums jedoch ausbleibe (für Belege hier und im Folgenden vgl. Radvan, 2025). Infolge der (über)regionalen medialen Berichterstattung und des lokalen Protests aus der Zivilgesellschaft verzichtet das zuständige Schulamt auf Disziplinarmaßnahmen, die unmittelbar nach der Veröffentlichung gegenüber den Lehrer:innen ausgesprochen wurden. Gleichzeitig geraten diese an ihrer Schule und im Gemeinwesen unter Rechtfertigungsdruck. Sie gelten als verantwortlich für einen Diskurs, der als Imageschaden für die touristische Region gelesen wird. Gleichzeitig erhalten sie Unterstützung von Journalist:innen sowie von Politiker:innen der Bundesebene.

Bereits am Beginn der Berichterstattung wird deutlich, dass es sich bei der Problematik nicht um einen Einzelfall handelt: Aus Gründen des Schutzes berichten die Lehrer:innen zunächst anonym; als mehrere Schulen bei Journalist:innen nachfragen, ob denn ihre Schule gemeint sei, wird das Ausmaß der Problematik in der Region deutlich. Zudem wird der Blick auf die jeweiligen Gemeinwesen geweitet und

5 Leider wird in den Angaben zur Studie nicht nach Geschlecht differenziert. Da Rechtsextremismus, der von Frauen vertreten wird, insbesondere extrem rechte Gewalt, die von rechten Frauen ausgeht, oft übersehen oder verharmlost wird (vgl. u.a. Lehnert & Radvan, 2016), bräuchte es hier eine Differenzierung in der Datenerhebung und -auswertung.

6 Landesschülervertretungen der Ostländer: Rechtsextremismus an Schulen – Gemeinsames Positionspapier, 04.2024, URL: <https://lsr-sachsen.de/2024/04/rechtsextremismus-an-schulen>

die dortigen Dominanzbestrebungen und Einflussnahmen extrem rechter Gruppierungen benannt; Schule wird somit nicht als ein isoliertes Symptom dargestellt.

Es gelingt einem neu gegründeten Bündnis für demokratische Schule und den dort aktiven Lehrer:innen, Schüler:innen und Eltern für mehrere Wochen, die Problematik öffentlich zu vermitteln und einen notwendigen Veränderungsprozess an Schulen in der Region einzufordern. Bereits wenige Monate nach Beginn der Debatte muss jedoch konstatiert werden, dass dieser eingeforderte Prozess stagniert. Beide Lehrer:innen reichen ihre Versetzung an andere Schulen ein; im Verlauf der folgenden Monate verlassen weitere Lehrer:innen die Schule, die den wenig wirksamen Umgang mit Rechtsextremismus kritisch beurteilten. Diese Schritte sind eine Folge der zu geringen, teils ausgebliebenen Unterstützung von Kolleg:innen, Schulleitung, aber auch ministeriell und behördlich Verantwortlichen. Und es ist eine Folge öffentlich sichtbarer Bedrohungen durch extrem rechte Akteure vor Ort, insbesondere eines Angriffs im Sozialraum gegen einen Lehrer.

Personen, die sich im Bündnis für demokratische Schule engagieren, verweisen auf mangelndes Bestreben vonseiten der Landespolitik, der Schulbehörde wie auch der zuständigen Akteur:innen der Rechtsextremismusprävention<sup>7</sup> das Geschehen aufzuarbeiten. Vielmehr scheint die Hoffnung bzw. ein Trugschluss darüber zu bestehen, dass ein Beschweigen das Problem unsichtbar oder weniger virulent mache. An dieser Stelle sei auch auf die Verantwortung von Wissenschaft verwiesen, solche Situationen als Lernmöglichkeit zu nutzen und mit einer Rekonstruktion individueller und institutioneller Verläufe, Wahrnehmungs- und Handlungsweisen mögliche Reflektionen und Antworten in Richtung weiterer Professionalisierung zu erarbeiten. Seit einigen Jahren liegt – nachdem über längere Zeit eine weitgehende Leerstelle zu konstatieren war (Schedler et al., 2019, S. 5) – zunehmend Forschung vor, deren Autor:innen sich verschiedenen Fragestellungen von Bildung und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Kontext von Schule zuwenden (vgl. den Überblick in Schedler et al., 2019). Auch für die außerschulische Bildungsarbeit (vgl. u.a. Schule ohne Rassismus, 2024; Cremer, 2019) und Soziale Arbeit (vgl. Radwan, 2024) lässt sich diese verstärkte Hinwendung konstatieren. Sie mag auch eine Antwort auf die im Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestag formulierte Forderung sein, der zu folge schulische und außerschulische Bildungsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus weiterent-

---

7 Die Lehrer:innen wurden von Beginn an parteilich beraten und verlässlich unterstützt von den Fachberater:innen des Vereins Opferperspektive, Beratung für Betroffene rechter Gewalt im Land Brandenburg. Inwiefern eine systemische Beratung an der Institution Schule und dem betreffenden Gemeinwesen in einem Fall wie dem hier geschilderten sinnvoll ist und inwiefern ein Fokus auf die Absicherung eines positiven Images der Schule von fachlichen Überlegungen gedeckt ist, sollte Ausgangspunkt einer (selbst)kritischen Analyse möglicher Fehler im Verlauf der Begleitung durch das Mobile Beratungsteam sein und konzeptionelle Fragen der Beratungsarbeit beinhalten.

wickelt und gestärkt werden soll (vgl. Deutscher Bundestag, 2013, S. 867). Schedler et al. verweisen darauf, dass trotz dieser Intensivierung »für Wissenschaft wie Praxis ein aktueller Überblick über bestehende Strategien und Konzepte [fehlt], verknüpft mit konkreten Projekten und Erfahrungen und mit Blick auf die Entwicklung neuer Perspektiven« (2019, S. 5f.).

## 2. Ein ostdeutsches Problem?

Das beschriebene Geschehen an einer Schule in Südbandenburg, die Verweise auf eine Verbreitung der Problematik in der Region und anderen ostdeutschen Bundesländern werfen Fragen nach einer Ostspezifität auf. Gleichzeitig: Auch wenn in diesem Essay der Fokus auf Herausforderungen in Ostdeutschland liegt, wird damit nicht im Sinne einer Ossifizierung (kritisch: Heft, 2018) behauptet, dass es in Westdeutschland kein Problem mit Rechtsextremismus gäbe. So überwiegt in den öffentlichen Debatten der 1990er und 2000er Jahre eine Darstellung, die von stereotypisierenden Zuschreibungen wie dem ›Braunen Osten‹ und ›Dunkeldeutschland‹ geprägt ist, wobei der ›Westen‹ als per se demokratischer gilt (ebd.). Der kritische Blick auf den ›Braunen Osten‹ als Diskurs bedeutet dabei jedoch nicht, die durch Forschung, Monitoring und Beratung belegte Gewalt und Strukturen, die damit in Beziehung stehen, als Konstruktion oder Erfindung abzutun. Vielmehr lässt sich eine Spezifik extrem rechter Erscheinungsformen in Ostdeutschland nachzeichnen (Radvan, 2025). Somit gilt es, die Gleichzeitigkeit zweier Phänomene zu berücksichtigen: Das pauschal abwertende Reden über ›den Osten‹ und die damit verbundene *Entlastung für den Westen* sowie die regionalen Spezifika (extrem) rechter Erscheinungsformen und ihr historisches Gewordensein.

So verweisen zum Beispiel der Anstieg der Wähler:innenzustimmung für die AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023 und der Europawahl im Juni 2024 in Hessen darauf, dass es auch hier Herausforderungen und Problematiken gibt. Das ist insofern nicht verwunderlich, da beide deutschen Staaten postnationalsozialistische Gesellschaften waren und einen Umgang mit der Verantwortung für die NS-Verbrechen und deren Folgen entwickeln mussten. Auf die Langlebigkeit entsprechender Mentalitäten deuten Forschungsergebnisse, denen zufolge in Regionen, deren Einwohner:innen in der Gegenwart hohe Zustimmung zur AfD zeigen, bereits vor der Machtübergabe 1933 hohe Zustimmung zur NSDAP aufwiesen (vgl. Cantoni et al., 2019). Letzteres lässt sich in Regionen des heutigen West- und Ostdeutschlands belegen. Zudem lässt sich verweisen auf Forschung zu extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Westdeutschland nach 1945 (vgl. Botsch, 2016).

Vor dem Hintergrund (vor allem) historisch bedingter Spezifika (nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland) plädiere ich im Anschluss an vorliegende Arbeiten

von Kolleg:innen<sup>8</sup> für eine mehrebenenanalytische Vorgehensweise in der Rechtsextremismusforschung (vgl. Radvan, 2025).<sup>9</sup> Hinsichtlich der Forschung zu Rechtsextremismus und Schule ist zu berücksichtigen, dass im Kontext der unterschiedlichen Entwicklungen von Schulkulturen, schulpädagogischem Handeln und Inanspruchnahme von Schule in den Gesellschaften der DDR und BRD unterschiedliche Thematisierungs- und Interventionsweisen im Umgang mit Rechtsextremismus zu beobachten sind. Das lässt sich für die Transformationszeit nach 1989, aber auch in der Gegenwart beschreiben. So zielte bereits das BLK-Programm »Demokratie lernen und leben«, gefördert von 2002 bis 2007, in West- und Ostdeutschland darauf ab, »durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft zu fördern« und themisierte entsprechende Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Das Programm war »auch eine Antwort auf Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen«.<sup>10</sup>

### **3. Ursachen für die Hinwendung zu rechten Lebenswelten**

Wie nun lassen sich die erhöhten Zustimmungswerte jugendlicher Wähler:innen in drei ostdeutschen Ländern für die extrem rechten Politiken der AfD erklären? Grundsätzlich braucht es hierfür mehrdimensionale Erklärungstheorien und vertiefende Forschung; an dieser Stelle sollen zwei Ansätze kurz beleuchtet bzw. benannt werden.<sup>11</sup> Mit Blick auf die Relevanz der Primärsozialisation ist darauf zu verweisen, dass – wie für viele junge Menschen – auch hier, grundlegende Einstellun-

8 Seit mehreren Jahren haben sich in der Rechtsextremismusforschung vergleichende Ansätze etabliert, mit denen mögliche Spezifika in begründet ausgewählten Regionen oder Kommunen untersucht werden. Beispielhaft sei verwiesen auf die Forschung »Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort« (SoRA-ZO), mit dem der Ansatz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sozialräume übertragen wurde, um selbstreflexive und demokratisierende Effekte in Gemeinwesen zu evozieren (Marth et al., 2010, S. 61), auf vergleichende Fallanalysen im Bundesland Thüringen (Quent & Schulz, 2015) oder auf stadtsoziologische Forschung im Themenfeld. Rainer Becker (2016, S. 447ff.) benennt sechs Spezifika, anhand derer sich die politische Kultur in sozialen und regionalen Nahräumen herausarbeiten ließe. Für das Thema *Rechtsextremismus und Ostdeutschland* vgl. u.a. Heft, 2018; Kahane, 2004; Kollmorgen, 2022; Kubiak, 2022, Quent, 2016.

9 Diese Untersuchung beinhaltet neben (o) sozioökonomischen Faktoren die Ebene von (1) Einstellungen, (2) Wahlverhalten, (3) Ausprägung rechter Gewalt, (4) demokratischer Zivilgesellschaft, (5) Mobilisierungsfähigkeit (extrem) rechter Gruppen und die (6) historische Genese dominanter Alltagskulturen. Mit der Datenauswertung tritt auch die Frage nach den Interdependenzen der einzelnen Kategorien untereinander in den Vordergrund.

10 <https://www.blk-demokratie.de/index.php?id=83.html>

11 Für einen Überblick zu Erklärungstheorien vgl. Schäuble (2011), Salzborn (2020).

gen im Sinne von habitusprägenden Bildungsprozessen im Elternhaus erlernt werden. Bei genauerer Betrachtung der Generationenlagerungen fällt auf, dass viele Eltern der heute 18–24 Jahre jungen Menschen in den 1990er Jahren selbst Jugendliche waren. Wenn sie in Ostdeutschland aufgewachsen sind, haben sie die *Baseballschlägerjahre* (vgl. Bangel, 2022) als junge Menschen erlebt. Sie waren somit Teil einer Alltagsatmosphäre und eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses, die von erstarkendem Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus geprägt waren sowie von einer Dominanz rechtsextremer Jugendgruppen im Alltag und einer von ihnen ausgehenden Gewalt. Die literarische Thematisierung dieser Erfahrungen beginnt seit einigen Jahren: Neben den Reflektionen über Erfahrungen von Jugendlichen, die sich antifaschistisch und alternativ verstanden und/oder als Angehörige verschiedener marginalisierter Gruppen von rechter Gewalt und Dominanz betroffen waren (vgl. u.a. Prækels, 2017; Lemke, 2023), liegen Berichte über Prozesse der Hinwendung in rechte Szenen vor, die auch Reflektionen über mögliche Gründe thematisieren (vgl. u.a. Bolz, 2022; Müllensiefen, 2023). Deutlich wird hier auch der Einfluss sekundärsozialisatorischer Bedingungen, insbesondere von Geschlecht, im jugendlichen Gruppenhandeln.

Ein zweiter Aspekt, der ebenfalls durch Forschung genauerer Betrachtung bedarf, ist die Nutzung sogenannter sozialer Medien, die gerade in der Covid 19-Pandemie unter Jugendlichen deutlich zugenommen hat.<sup>12</sup> Der Einfluss von (extrem) rechten Verschwörungserzählungen und Ideologien, Desinformationskampagnen, Hass, Umsturz- und Vertreibungsfantasien bedarf genauerer Untersuchung ebenso wie die Frage nach möglichen Resilienzen durch Angebote Politischer Bildung und kritischer Mediennutzung in Angeboten formaler und nonformaler Bildung.

#### 4. Fazit

Es braucht eine kritische und differenzierte Thematisierung von Rechtsextremismus, seinen Ursachen, lokalhistorischen und gegenwärtigen Ausprägungen und der Frage nach demokratischer zivilgesellschaftlicher Gegenwehr – in Ost- und Westdeutschland. Mit einer mehrbenenanalytischen Betrachtung tritt in der qualitati-

---

<sup>12</sup> Auf eine Leerstelle in der Forschung zum Zusammenhang zwischen verschiedenen Online-Aktivitäten junger Menschen, der Ausprägung rechtsextremer Einstellungen und einer möglichen Hinwendung zu und Radikalisierung in rechten Szenen verweist die Studie von Schröder et al. (2024). Die Autor:innen gehen den Fragen aus geschlechterreflektierender Perspektive nach. Vorab veröffentlichte Ergebnisse der Jugendwahlstudie Ostdeutschland 2024 verweisen auf Zusammenhänge zwischen der Nutzung von sozialen Medien und der Zustimmung zur AfD: So hätten 52 % der AfD-Jungwähler:innen soziale Netzwerke als Hauptinformationsquelle genutzt; auf Plattformen wie TikTok und X werden Inhalte der AfD besonders stark verbreitet (vgl. Mujagić, 2024).

ven Forschung die Frage nach den Interdependenzen der einzelnen Kategorien untereinander in den Vordergrund. Um Bedingungen und Ursachen für extrem rechte Dominanzkulturen, die zur beschriebenen Situation in einer Gemeinde und Regionalschule in Südbrandenburg führten, zu untersuchen, wäre zudem eine vergleichende Perspektive mit maximalen und minimalen Kontrasten sinnvoll – zum Beispiel innerhalb der Region und des Bundeslandes sowie bundeslandübergreifend. In der Kategorie *Alltagskulturen* würde vertiefend gefragt nach der Genese und aktuellen Ausprägung von Schulkultur, Erziehungsstilen, aber auch Kommunikationskultur innerhalb des Bildungswesens.

Andererseits gilt es das Problem der extremen Rechten im Osten sowie im Westen zu analysieren und in ihren Spezifika anzuerkennen und zu benennen. Dabei sind beide Großregionen zunächst binnendifferenziert anzuschauen. Es gibt aktuell nicht mehr *den Osten* oder *den Westen*. Die extreme Rechte ist in bestimmten ländlichen Regionen wie beispielsweise der Lausitz, der Sächsischen Schweiz oder Nordvorpommern sowie in Städten wie zum Beispiel Chemnitz oder Eisenach besonders stark und präsent. Einzelne Stadtteile in Leipzig sind ein Gegenbeispiel. Es existiert auch in Westdeutschland ein gravierendes Problem mit Rechtsextremismus in verschiedenen Ausprägungen und strukturellen Verortungen. So gibt es extrem rechte Gruppen und Hotspots zum Beispiel auch in Dortmund, im Aachener Raum, in der Region um den Edersee in Hessen – um nur einige zu nennen. Eine Kontrastierung von Ost/West muss auch im Blick haben, dass sowohl ›der Osten‹ als auch ›der Westen‹ keineswegs ökonomisch und sozial homogen sind und dort jeweils sehr unterschiedliche Ost- und Westdeutsche leben sowie Binnenmigration in beide Richtungen stattgefunden hat.

Um (extrem) rechten Mobilisierungen und Dominanzbestrebungen entgegenzutreten, braucht es – neben einer verlässlichen Positionierung politisch Verantwortlicher – auch einer solidarischen Unterstützung und struktureller Förderung angegriffener demokratischer Zivilgesellschaft – insbesondere aber nicht nur – im Osten. Besonders in ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist die zivilgesellschaftliche Infrastruktur nach wie vor geringer oder auch kaum ausgebaut. Zudem bedarf es einer systematischen, angemessenen und nachhaltigen Unterstützung von Projekten der primären und sekundären Rechtsextremismusprävention. Hervorzuheben sind die Optionen, die sich hier im Handlungsfeld offener Jugendarbeit im Umgang mit moralisch überformten Themen bzw. mit Hinwendungen Jugendlicher in (extrem) rechte Lebenswelten und ihren Ideologien ergeben können (vgl. Radvan, 2018) und die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit Fehlern der Anwendung des Ansatzes akzeptierender Jugendarbeit seit den 1990er Jahren (Bock et al., 2023). Um demokratische Alltagskulturen – in der Institution Schule, aber auch im Gemeinwesen – zu verteidigen und abzusichern, braucht es die strukturelle Förderung und weitere Professionalisierung von Angeboten der Beratungsarbeit für Betroffene rechter Gewalt sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremis-

mus. Nicht zuletzt bedarf es einer pädagogischen Haltung, die eine verlässliche Positionierung auf Basis professionsethischer Standards ermöglicht und somit Lern- und Bildungsmöglichkeiten jugendlicher Adressat:innen eröffnet und begleitet.

## Literatur

- Bangel, C. (2022). #Baseballschlägerjahre. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hg): Rechte Gewalt in den 1990er Jahren, APuZ 49–50/2022, S. 4–9.
- Becker, R. (2016). Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus. In W. Frindte, D. Geschke, F. Schmidtke & N. Haufécker (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Springer VS, S. 443–461.
- Bock, V., Bruns, L., Jänicke, C., Kopke, C., Lehnert, E. & Mildenberger, H. (2023). Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bolz, H. (2022). Nullerjahre. Jugend in blühenden Landschaften. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Botsch, G. (2016). ›Nationale Opposition‹ in der demokratischen Gesellschaft. Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (2016): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 43–82.
- Cantoni, D., Hagemeister, F. & Westcott, M. (2019). Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. In Rationality and Competition Discussion Paper Series 143, CRC TRR 190 Rationality and Competition. Abgerufen am 15. April 2024, von [https://rationality-and-competition.de/wp-content/uploads/discussion\\_paper/143.pdf](https://rationality-and-competition.de/wp-content/uploads/discussion_paper/143.pdf)
- Cremer, H. (2019). Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin: Eigenverlag. Abgerufen am 08. Dezember 2024, von <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung>
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024) (Hg.). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Deutscher Bundestag (2013). Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Drucksache 17 (14600): 22.

- Hascher, M., Kastberg, A.-K., Kerst, B., Mönig, A., Osterberger, E., Quent, M. & Virchow, F. (2024). Gesellschaft und Klima im Wandel – Junge Menschen zwischen Klimakrise und äußerst rechter Einflussnahme. Zentrale Befunde und Handlungsempfehlungen. Magdeburg: Hochschule Magdeburg-Stendal.
- Heft, K. (2018). Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. *Feministische Studien* 36/2, 357–366.
- Heitmeyer, W. (2002–2012) (Hg.). Deutsche Zustände. Folge 1–10, Suhrkamp Verlag.
- Kahane, A. (2004). Ich sehe was, was du nicht siehst: Meine deutschen Geschichten. Berlin: rowohlt.
- Kollmorgen, R. (2022). Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland. In: *ApuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 72/49-50, 33–38.
- Kubiak, D. (2022). Rechts sind die anderen. Diskursives Verdrängen von rechts-extremer Vergangenheit und Gegenwart in einer ostdeutschen Großstadt. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96/2, 112–131.
- Lehnert, E. & Radvan, H. (2016). Rechtsextreme Frauen in der Gegenwart. Analysen und Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen: Barbara Budrich.
- Lemke, G. (2023). Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror. Berlin: Suhrkamp.
- Marth, J., Grau, A. & Legge, S. (2010). Fremdenfeindlichkeit. Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In W. Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 9, Suhrkamp Verlag, S. 61–81.
- Mujagić, E. (2024). Experte zu Wahlverhalten: Warum wählen viele junge Menschen die AfD?, ZDF Heute, 3.9.2024. Abgerufen am 08. Dezember 2024, von <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-junge-waehler-gruende-thueringen-sachsen-generationenforscher-100.html>
- Müllensiefen, D. (2023). Aus unseren Feuern. Berlin: Kanon Verlag.
- Otto, F. & Endt, C. (2024). Junge Wähler in Brandenburg: Brandenburgs Jugend wählt rechts, Zeit online, 22.9.2024. Abgerufen am 08. Dezember 2024, von <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/brandenburg-junge-waehler-landtagswahl-2024-wahlverhalten>
- Quent, M. (2016). Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleieren. In: W. Frindte, D. Geschke, F. Schmidtke & N. Haußecker (Hg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden, S. 99–118.
- Quent, M. & Schulz, P. (2015). Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Wiesbaden: Springer VS.
- Präkels, M. (2017). Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Radvan, H. (2018). Der rekonstruktive Blick im Handlungsfeld offener Jugendarbeit. Potentiale für nonformale Bildung. In: R. Bohnsack, S. Kubisch & C. Streblow

- (Hg.): Soziale Arbeit und Dokumentarische Methode. Methodologische Aspekte und empirische Erkenntnisse. Opladen: Barbara Budrich, S. 81–101.
- Radvan, H. (2025). Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Spezifik oder Ossifizierung? Kategorien für eine mehrbenenanalytische Betrachtung. In: Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge, 89/2024.
- Radvan, H. (2024). (Extrem) rechte Einflussnahme und Dominanzbestrebungen: Herausforderungen und Handlungsoptionen Sozialer Arbeit. Vortrag auf dem Studententag: Soziale Arbeit in Verantwortung: Die extreme Rechte und die Gefährdung der Demokratie am 12. Juni 2024 an der Hochschule Düsseldorf, Veröffentlichung des Vortrages online: <https://soz-kult.hs-duesseldorf.de/studientag-soziale-arbeit-in-verantwortung>.
- Salzborn, S. (2020). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze (4. Aufl.). Baden-Baden: Nomos.
- Schäuble, B. (2011). Politische Bildung und Rechtsextremismus. In: Lösch, B., Thimmel, A. (Hg.): Handbuch Kritische Politische Bildung. Wochenschau Verlag, S. 409–422.
- Schedler, J., Elverich, G., Achour, S. & Jordan, A. (2019): Rechtsextremismus und Schule: Herausforderungen, Aufgaben und Perspektiven. In J. Schedler, S. Achour, G. Elverich & A. Jordan (Hg.): Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung, Wiesbaden: Springer VS, S. 1–18.
- Schröder, C. P., Goede, L.-R., Lehmann, L. & Bliesener, T. (2024). Online-Aktivitäten und rechtsextreme Einstellungen im Jugendalter. In: MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung, Themenheft 59: Dekonstruktion digitaler Desinformationsstrategien. Phänomene des Rechtsextremismus, S. 77–103.
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (2024). Themenheft Rechtsextremismus und Schule, Eigenverlag: Berlin. Abgerufen am 08. Dezember 2024, von <https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/themenheft-rechtsextremismus-schule>

